

Ercheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Teutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen; im
Höfger, Sachsen und Preussisch. Sachsen-
Wittemberg auch auf den 1ten Monat
des Quartals à 54 Pf.
Inserate
betr. Verordnungen pr. Zeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Felle pr.
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Billig-Expeditionen.
New-York: Geo.-brosch. Geschäfts-
buchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. DuB., 620 North
3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Chicago: H. Barncroft, 296 Divi-
sion Street.
San Francisco: J. Ing., 418 O'Far-
rell Street.
London: Barbis, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Nr. 28.

Mittwoch, 7. März.

1877.

Ist es Schlechtigkeit oder Unwissenheit?

(Weis für die „Vossische Zeitung“.)

Obige Frage muß man so häufig stellen, wenn man die Herren Gegner über die soziale Frage disputieren und die tollsten Behauptungen aufstellen hört.

Ist es Schlechtigkeit oder Unwissenheit, so fragen wir, durch welche die „Vossische Zeitung“, die doch sonst noch ziemlich anständig ist, geleitet wurde, in der ersten Beilage (Nr. 39) einen Artikel über die Sterblichkeitsverhältnisse der Berliner Arbeiter loszusprechen?

Man wird versucht, das Motiv in der Schlechtigkeit zu suchen, da sich die Spitze des Artikels gegen den Sozialismus richtet, und dennoch wird wohl die Unwissenheit den Ausschlag gegeben haben, da die Schlechtigkeit mit solcher grotesken Tölperei, wie wir sie hier vornünden, wohl selten gepaart ist.

Führen wir nun zunächst den Artikel in der Hauptsache vollständig vor. Derselbe lautet:

„Das Sterblichkeitsverhältnis der Berliner Arbeiterbevölkerung soll nach den Auslassungen in verschiedenen in letzter Zeit abgehaltenen Versammlungen erheblich ungünstiger, als das der Gesamtbevölkerung der Residenz sein, so daß 1874—1875 84 Prozent aller Mitglieder der Gewerkschaften erkrankten 2,5 Prozent in der Charité u. s. w. Aufnahme finden mußten und beinahe 2 Prozent gestorben seien. Obwohl die Lage der Arbeiter im ganzen Lande nicht besser sei, so hätten doch weder „Nationalliberale“ noch „Fortgeschrittler“ zur Verbesserung irgend etwas getan. In der Residenz sei die wirtschaftliche Lage derart, daß sich von 1874 bis 1875 noch 75,037 Arbeiter der Krankenkassen zu Hause verpflegen konnten, von 1875—1876 sei diese Zahl auf 69,000 zurückgegangen. Diesen Auslassungen gegenüber erscheint es an der Hand der statistischen Ergebnisse von allgemeinem Interesse, der angeregten Frage näher zu treten, deren wirtschaftliche Bedeutung von selbst in die Augen fällt. Es mag bemerkt werden, daß die zwangsweise den Gewerkschaften zugehörnde Bevölkerung, die ihrer gewerblichen Stellung nach aus Gesellen, Fabrik-, Lohn- und Tagelöhner und Arbeiterinnen besteht, der Zahl nach vier Fünftel der Gesamttheit der „Arbeitnehmer“ der Hauptstadt umfaßt. Speziell das Sterblichkeitsverhältnis der Berliner Arbeiterbevölkerung zur Gesamtbevölkerung betreffend, so erhielt aus den Akten der Gewerkschaften Klassen und sonstigen amtlichen Ermittlungen, daß in der dreijährigen Periode von 1874—1876 72,271 „Erkrankungen“ auf 92,690 Arbeiter kamen.

„Es kommt nun aber ein und dieselbe Person öfter vor, so daß in den Listen nur „Erkrankungen“ und Krankheitsfälle registriert sind. Nach den amtlichen Ermittlungen beträgt die Zahl der Erkrankungen jährlich in dem dreijährigen Zeitraum von 1874 bis 1876 incl. 72,271 bei der Durchschnittszahl von 92,690 Arbeitnehmern im Alter von 16—60 Jahren. Von diesen wurden, was bezüglich der wirtschaftlichen Lage dieser Bevölkerungsgruppe von Wichtigkeit ist, 69,943 Erkrankte in der eigenen Wohnung verpflegt, also 96,6 Proz. aller Erkrankten; 2328 war die häusliche Pflege versagt und diese mußten Aufnahme in den Spitälern finden, also 3,32 Prozent der Erkrankten. Von den in der eigenen Wohnung Gepflegten erkranken sich 1036 des Trostes, daß ihnen liebende Hände die Augen für immer zudrücken konnten; 905 beschloßen in den Spitälern ihr Leben, weicht in Folge von Verletzungen in der Fabrik, Werk- und Arbeitsstätte, die in vielen Fällen den unmittelbaren Tod zur Folge hatten. Die Gesamtsumme der Sterblichkeit beziffert sich demnach auf 1932 Arbeiter pro Tausend. Dies gewonnene Resultat mit dem einer dreijährigen Durchschnittsperiode vor einem Decennium und mit der Gesamt-Sterblichkeit der hauptsächlichsten Gesamtbevölkerung verglichen — hauptsächlich über- raschend. Für den Vergleich liegen vorzügliche ältere Arbeiten ausgezeichneter, wissenschaftlicher Kräfte vor.

Nach einer derselben betrug die statistische Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 1861 bis 1863 59,000 p. a. Die Zahl der in den Wohnungen Gestorbenen 1122, die der in den Spitälern 1021; also in Summa 2143 oder 1,30 Prozent der Lebenden = 12,45 pro Tausend. Es hatte sich also die Sterblichkeitsziffer dieser Bevölkerungsgruppe um 7,78 pro Mille gesteigert. Gewiß ein beachtenswertes Faktum, welches höchst mißlich wäre, wenn nicht eben die Sterblichkeit der Gesamtbevölkerung gleichen Schritt damit gehalten hätte. Die letztere betrug nach den amtlichen neuesten Ermittlungen des statistischen Büreaus von 1861 bis 1863 28,06—26,72—29,79 pro Tausend, stieg dann auf 30,78—33,83—41,23 in den folgenden Jahren, ermäßigte sich wieder in den folgenden drei Jahren auf 28,66—34,70—30,38 und beträgt seit den letzten 10 oder 11 Jahren 34 pro Mille; ist also von der dreijährigen Periode von 1861 bis 1863 incl. bis 1865 auf 5 Prozent per Mille gestiegen. Die Differenz der Sterblichkeit der Arbeiter gegen die der Gesamtbevölkerung beträgt also 1,99 pro Mille, was in Anbetracht der vielen Todesfälle durch äußere Gewalt, oder in deren Folge (1,20 Prozent) gewiß günstig zu nennen ist. Noch günstiger ist das Ergebnis des summarischen Vergleiches beider Bevölkerungsgruppen für die Arbeiterbevölkerung, denn sie befindet sich in einem zweifachen Vortheil. Einmal beträgt die Sterblichkeit der Gesamtbevölkerung 14,60 pro Mille mehr und zweitens ist die Lebensdauer der Altersklassen entschieden günstiger. Letztere beträgt bei der Arbeiterbevölkerung 39,43 Jahre, bei der Gesamtbevölkerung 30,14 Jahre. Diesen amtlichen und wissenschaftlich festgestellten Ermittlungen nach erscheint die Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung wohl nicht geeignet, ferner noch als Agitationsmittel benützt zu werden.“

Unsere aufmerksamen Leser werden nun wohl sofort gefunden haben, wo der wahrhaft haarsträubende Fehler liegt, der das für die Arbeiterbevölkerung so „glänzende Schlussergebnis“ zu Tage fördert.

Für den Statistiker der „Vossischen Zeitung“ und für sämtliche gedankenlose Redakteure, welche jene Notiz nachbrachten, müssen wir den Fehler noch besonders aufdecken.

Die Lebensdauer beträgt bei der Arbeiterbevölkerung 39,43 Jahre, bei der Totalbevölkerung 30,14 Jahre — so sagt unser Statistiker; ob er den Unfug wohl gleich merken wird, wenn wir folgende Gegenbehauptung aufstellen: Die Lebensdauer beträgt bei den Rentiers und Partikuliers 60,50, bei der Totalbevölkerung 30,14?

Unser Schläuberger hat nämlich bei der Arbeiterbevölkerung die Kinder bis zu 16 Jahren nicht mitgerechnet, während dieselben bei der Gesamtbevölkerung mitgezählt sind. Er erklärt selbst, daß die von ihm angegebenen statistischen Wahrnehmungen sich auf Arbeiter von 16—60 Jahren erstrecken. Daß bei diesen das Durchschnittsalter 39 1/2 Jahre ist, zeigt gerade kein günstiges Verhältnis, da die Sterblichkeit progressiv nach unten, nach den Kinderjahren zunimmt und bei den Kindern der Arbeiter aus naheliegenden Gründen eine ganz besonders große ist.

Will man aber Vergleiche hierzu anstellen, so muß man der Totalbevölkerung nicht die Arbeiterbevölkerung von 16 Jahren an entgegenstellen, sondern die Arbeiterbevölkerung mit ihren Familien und Kindern; dann würde der Statistiker gefunden haben, daß das Durchschnittsalter der Berliner Arbeiterbevölkerung nicht 39 1/2, sondern ein geringes über 28 1/2 Jahre beträgt.

Will der Herr Statistiker der „Vossischen Zeitung“ nun aber seinen Vergleich „ohne die Kinder“ machen, so kann er doch nur eine Parallele ziehen zwischen den 16—60jährigen Arbeitern und den gleichen Altersklassen anderer Stände, und da können wir ihm gleichfalls dienen.

Die Prediger in Berlin werden durchschnittlich 59 Jahre alt, die übrigen höheren Beamten und reichen Leute 54, die Kaufleute 46 — die Lohnarbeiter aber 39 Jahre alt; wir rechnen dann gleichfalls vom 16. Lebensjahre an, in welchem meistens die Berufswahl eintritt.

Noch Eins wollen wir bemerken. Die bodenlose Oberflächlichkeit und Unwissenheit in jenem Artikel der „Vossischen Zeitung“ zeigt sich auch noch in der Ansicht, daß man es bei einem Vergleiche der Sterblichkeit der Totalbevölkerung und der Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung mit zwei verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu thun habe. Als wenn die Arbeiterbevölkerung nicht schon in der Totalbevölkerung enthalten sei?

Will man Vergleiche anstellen — dies erwähnen wir nochmals —, so möge man die Sterblichkeit der Arbeiterbevölkerung zu der Bevölkerung der anderen Klassen, bei Weitem die Kinder bis 16 Jahren mitgerechnet, oder bei Weitem dieselben nicht mitgerechnet, feststellen, und man wird jedesmal ein für die Arbeiterklasse ungünstiges Verhältnis herausfinden.

Ob nun wohl die „anständige“ „Vossische Zeitung“ von unserer Richtigstellung Notiz nehmen wird?

Sozialpolitische Uebersicht.

— Der Stern des Reichskanzlers ist sichtlich im Erbleichen. Der Bundesrath hat bei der Entscheidung über den Sitz des Reichsgerichts gegen die Majorität gegen Berlin für Leipzig gestimmt. Ebenso ist die Stimmung in Bezug auf die Eisenbahndifferenzen zwischen Sachsen und Preußen überall zu Gunsten Sachsens umgeschlagen — man erblickt nämlich in allen Maßnahmen Preußens Hegemonielüste. Daß das Auftreten des Reichskanzlers solches Mißtrauen gerade nicht abnimmt, dürfte zur Genüge bekannt sein. — Auch der sonst so devote Reichstag ist ärgerlich auf seinen Herrn und Meister, auf den Fürsten Bismarck, weil man ihn 14 Tage zu früh einderufen hat. Es ist aber auch eine merkwürdige Ironie des Schicksals, daß der Reichstag zum erstenmale seit seinem Bestehen in der ersten Sitzung beschlußfähig war, darauf aber wegen Mangel an Vorlagen zweimal — einmal auf 3 Tage, das anderemal auf 8 Tage — nach Hause geschickt werden mußte. Manchen parlamentarischen Heißsporn unter den Neugewählten sahen wir bei dieser Wahrnehmung ein entsetzlich langes Gesicht machen und hörten ihn einen Fluch murmeln, der zum Gegenstand den Namen eines „großen“ Mannes hatte.

— In die Commission des Reichstags, welcher zunächst die Petitionen zugehen, ist natürlich ein Arbeitervertreter, ein Sozialdemokrat, wieder nicht gewählt. Bekanntlich werden im deutschen Reichstage die Bitten, welche aus dem Volke kommen, immer recht hiefmütterlich behandelt, während die Vorlagen, welche von Oben kommen, sich der besten Aufnahme zu erfreuen haben. Man fürchtet, daß ein Sozialdemokrat in der Petitionscommission den Hecht im Karpfenteich abgeben und dem alten Schlandrian ein Ende gemacht haben würde, deshalb stand man ab von der Wahl eines solchen. Das Volk aber mag aus allen solchen Vorkommnissen erfahren, was es von seinen Bourgeoisvertretern zu halten hat, die nach oben devot, nach unten brutal auftreten.

— Musterhafte Finanzminister. In der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 1. März vertheidigte Finanzminister Camphausen gelegentlich einer untergeordneten Rechnungsangelegenheit des preussischen Staatsschuldenwesens sich gegen die

von Lasler in der Sitzung vom 13. Februar ausgesprochene Behauptung, daß die während des „Milliardenregens“ von dem Minister eingehaltene Finanzpolitik, wofür freilich auch das Abgeordnetenhause reichlich die Mitverantwortung trage, nicht zum Segen des Landes ausgeschlagen sei. Herr Camphausen kam jedoch nicht über den Nachweis hinaus, daß die rasche und umfassende Tilgung der preussischen Staatsschulden in jener Zeit dem preussischen Staate „viel Zinsen erspart“ und derselbe somit vom finanziellen Standpunkte aus „ein gutes Geschäft gemacht habe.“ Bei den Operationen im Reiche, so fügte Herr Camphausen hinzu, haben denn doch zuerst die Herren, denen die Reichsfinanzverwaltung obliegt und die Finanzminister sämtlicher Partikularstaaten dafür einzustehen und es wird wohl verzeihlich sein, wenn ich damals nicht klüger gewesen bin, als alle diese Herren.“

Ein sehr schlechtes Wort für das deutsche Volk, daß „alle diese Herren“, Herr Camphausen an der Spitze, nicht „klug“ genug waren, die von jedem halbwegs in staats- und volkswirtschaftlichen Dingen erfahrenen Privatmann vorausgesehen und vorausgesehenen Folgen der Reichsfinanzpolitik zu erkennen. Hätte das Volk in Deutschland etwas zu sagen, so würde es die von Herrn Camphausen eingefundene Unfähigkeit seiner großen und kleinen Finanzminister nicht „verzeihlich“ finden und „allen diesen Herren“ begreiflich machen, daß derjenige Staatsbeamte, welcher das öffentliche Interesse schädigt, in jedem Falle für den angerichteten Schaden verantwortlich ist, gleichviel ob böser Wille oder Kopfsichtigkeit die Schuld trägt.

— Die Einnahmen des Reichs für das nächste Etatsjahr sind wie folgt veranschlagt: Indirekte Steuern 253,527,080 M., Wechselstempelsteuer 6,914,000 M., Post- und Telegraphie 11,709,636 M., Eisenbahnen 3,940,000 M., Bankwesen 1,550,000 M., verschiedene Verwaltungseinnahmen 8,960,907 M., Reichs-Invalidentfonds 27,987,067 M., Ueberträge aus früheren Jahren 11,528,565 M., Münzweien 10,200,000 M., Zinsen aus belegten Reichsgeldern 6,175,000 M., außerordentliche Zuschüsse 96,988,009 M., Matrikularbeiträge 97,361,428 M.

— 5,130,000 Mark verlangt die Reichsregierung für das nächste Jahr mehr als früher zu Militärzwecken. 105 neue Hauptmannstellen, Garnisonbau und Errichtung von Unteroffizierskassen sind die Gründe der Mehrforderung. Und dies geschieht Angesichts des Nothstandes und Angesichts der Rathlosigkeit der Regierungen, dem hungernden Volke Hilfe zu bringen!

— Neue Anleihe! Wozu? Dumme Frage. — Wozu anders, als zum Ausbau des neuen deutschen Reichs, pardon, wollte sagen: zum Ausbau des Militarismus. Dem Bundesrath und dem Reichstage wird binnen Kurzem eine Regierungsvorlage zugehen, eine Anleihe, betreffend die neue Kasernierung des deutschen Reichsheeres.

— „Eile mit Weile“. Der preussische Ministerrath hat vor einigen Tagen in Bezug auf den Nothstand eine Sitzung gehabt. Wohl bekommt's den Nothleidenden.

— Welche Unregelmäßigkeiten und Wahlbeeinträchtigungen bei den Wahlen zum deutschen Reichstage vorgekommen sind, davon giebt folgender Antrag der ersten Abtheilung des Reichstags eine treffliche Illustration:

- „Der Reichstag wolle beschließen:
- 1) dem Herrn Reichskanzler das bezüglich der Wahl im 2. Anhaltischen Wahlkreise am 21. Februar hier eingegangene „Protokoll“ mit der Aufforderung zugehen zu lassen, in Betreff der darin unter Nr. 3., 6. und 7. behaupteten Thatfachen, wonach
 - 1) der Ortschulze in Friedleben die durch den Pantoffelmacher Friede daselbst zur Bertheilung bestimmten Stimmzettel für Otto Kapell fortgenommen, deren Herausgabe verweigert und solche erst nach geraumer Zeit in unbrauchbarem Zustande zurückgegeben haben soll,
 - 2) nach dem Zeugnisse von Ernst Germer in Adersdorf in Köditz, trotz des Protestes mehrerer Wähler, die Oeffentlichkeit bei Feststellung des Wahlergebnisses ausgeschlossen worden sein soll,
 - 3) nach dem Zeugnisse von Gottl. Köder in Neundorf in den Dörfern Amersdorf und Bernsdorf die auf den Namen Otto Kapell lautenden Stimmzettel von den Polizeidienern aus allen Häusern geholt und dafür Stimmzettel für Kraaz abgegeben sein sollen,
 die Feststellung derselben und event. wenn deren Richtigkeit sich ergeben sollte, die Rectifizierung der beteiligten Beamten veranlassen, auch den Reichstag von dem Resultate der getroffenen Einleitungen in Kenntniß setzen zu wollen.

Berlin, den 26. Februar 1877.
Die 1. Abtheilung.
Albrecht (Ostrode), v. Kehler,
Vorsitzender, Berichterstatter.“
Die erste Abtheilung des Reichstags hätte jedenfalls richtiger gehandelt, wenn sie anstatt des Wortes Rectifizierung das Wort: Bestrafung zu setzen verlangte. Was heißt denn eigentlich Rectifizierung? Die Beamten auffordern, das nächste Mal die Sache richtig zu machen. Für manchen Beamten mag das ein Wink sein, später etwas vorsichtiger zu sein, für Manchen eine Ermunterung, weil die Bestrafung ausgeblieben

ist und eine bloße Refixierung grober Vergehen, groben Mißbrauchs der Amtsgewalt ohne Bestrafung leicht zu der Vermuthung Anlaß geben könnte, die Refixierung sei nicht sonderlich ernst gemeint. Deshalb muß, wenn obige Angaben auf Wahrheit beruhen, eine energische Bestrafung eintreten.

— Einzige Rettung! Die „Deutsche volkswirtschaftliche Correspondenz“ schreibt unter vorstehender Ueberschrift: „Nothstands-bauten stehen volkswirtschaftlich auf einer Stufe mit Volks-lücken und Armenstuppen; sie lindern einigen Hunger, verbannen den Nothstand aber nicht. Durchgreifende Rettung kann uns nur ein Systemwechsel bringen. Die Regierung muß mit dem Manchestertum theoretisch und praktisch brechen: sie muß erklären, daß fortan nationale Wirtschaftspolitik getrieben werden soll. Diese Erklärung, besiegelt durch entsprechenden Ministerwechsel, wird das Land electrifiziren, alle Widerstandskraft anspannen, alle erstorbene Hoffnung neu beleben und mit einem Schläge wieder Arbeit und Verkehr schaffen. Ohne diese geistige und moralische Galvanisirung des gelähmten Wirtschaftskörpers sind alle anderen Nothstandsmaßregeln von geringem Werth; ja vielleicht insofern sogar schädlich, als sie die tödtliche Krankheit offiziell anerkennen und dadurch die allgemeine Angst und Lähmung nur noch steigern. Was von den Todten auferweckt werden muß, ist das Vertrauen. Das volkswirtschaftliche Vertrauen heißt in Deutschland aber nicht — Campanianen-Athen-bach.“ — Der vorstehende Erguß eines Schutzblätteres verdient deshalb Beachtung, weil in bürren Worten erklärt wird, daß nur ein Systemwechsel Hilfe schaffen könne. Wir treten dieser Ansicht durchweg bei, jedoch mit der Bemerkung, daß der Systemwechsel in wirtschaftlichen Dingen nicht den schützblätternischen Großindustriellen zu Gute kommen darf, sondern der Arbeiterklasse und der Gesamtheit und dies geschieht nur, wenn der Systemwechsel die radikale Aenderung der Produktionsweise bedingt, wenn dieselbe aus den capitalistischen Banden erlöst wird.

— Furcht, Kinder, welche sich fürchten, schreien gewöhnlich laut aus, daß sie sich nicht fürchten. Die Regierung mag sich bei der „Nordd. Allg. Ztg.“ bedanken, wenn man die Ansicht erhält, sie fürchte sich vor der Sozialdemokratie. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt nämlich, daß die Regierung vor der sozialistischen Bewegung auch nicht eine Spur von Furcht habe, wie denn dieses Wort überhaupt nicht in dem Katechismus des jetzigen Kabinetts zu finden sei. Dagegen meint das Blatt, dem Liberalismus dürfte ein Bißchen bleiche Furcht gar nicht schaden, er würde sich dann der Aufgabe entschlagen, „nach immer mehr Freiheit zu streben, an den Maßregeln und Personen der Regierung ohne Unterlaß herumzunörgeln und deren Autorität aus Leibestraften zu schmälern.“ — Weshalb freut sich denn die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Furcht der Liberalen? Doch nur, um von denselben neue Strafgesetze gegen die Sozialdemokraten zu erhalten. Weshalb wünscht aber die Regierung neue Strafgesetze? Natürlich, lediglich aus purem Heidenmuth.

— Folgende Wahlen zum Reichstage sind, da rechtzeitige Proteste gegen die Legalität derselben eingegangen sind, der Kommission zur näheren Prüfung überreicht worden: Hammacher (10. schlesw.-holst. Wahlkreis), Spangenberg (1. hannov.), Grumbrecht (17. dito), Dr. Löwe (5. arnsberger), Berger (6. dito), Weigel (8. kasseler), Hölder (1. württemberg), Dr. Wärlin (5. Baden), Eisenlohr (10. dito), Blum (12. dito), Bode (1. braunschweiger), Hasenclever (6. Berlin), Schmidt (4. stettiner), Schlonska (1. ostfriesl.), Zehr, v. Skorzewski (2. vromberger), Zehr, v. Kozlowski (4. dito), Witte (P. breslauer), v. Schalscha (4. oepplener), Götting (1. erfurter), Hedmann-Stingly (6. essaf-löthringer), v. Teitau (5. königsberger), Weseler (5. schleswig-holsteiner), v. Nathusius-Ludom (1. mindener), Richter (1. säch.), Kuer (22. dito), Heßing (3. badischer), Bergmann (8. elbischer).

— Das Wahlgesetz und die Militärpersonen. In Berliner Blättern lesen wir: „Die Wahlprüfungs-Commission des preussischen Abgeordnetenhauses hat sich in ihrer letzten Sitzung über ein sehr wichtiges Prinzip geeinigt, welches auch in das Präjudizial-Verzeichniß aufgenommen werden soll. Nach Artikel 71 der Verfassungsurkunde und der entsprechenden Bestimmung im § 4 der Wahlverordnung soll auf jede Volkzahl von 250 Seelen ein Wahlmann gewählt werden.“

Das preussische Regiment.

In unserer Zeit der Erfolgslustbetriebe thut es einem wirklich wohl, eine feste, scharf ausgesprochene Mannesmeinung über die Dinge zu vernehmen. Dazu bietet der Prozeß gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ und der Kunstschriftsteller Ludwig Pfau Gelegenheit in der Vertheidigungsrede des letzteren, der in einem Artikel über die Münchener Kunstausstellung in der „Frankfurter Zeitung“ die deutschen Mittelstücken gewarnt hatte, sich auch auf dem Gebiete der Kunst die preussische Schablone aufzudrücken zu lassen; dabei hatte er den Ausdruck „preussisches Regiment“ gebraucht, ein Wortlein, welches dem preussischen Ministerium Anlaß gab, sich beleidigt zu fühlen und klagbar zu werden. In dieser Vertheidigungsrede äußert sich der Angeklagte folgendermaßen:

Jeder, der eine Idee von dem grammatikalischen und literarischen Werth der Worte hat, weiß, daß die Begriffe „Ministerium, Regierung und Regiment“ durchaus nicht identisch sind, sondern der folgende immer einen umfassenderen und abstrakteren Sinn hat, als der vorhergehende. Schon bei dem Worte Regierung, das vor allem eine staatliche Funktion bezeichnet, muß man nicht notwendig an die zufällig vorhandenen Minister denken; das Wort Regiment aber, in politischem Sinne gebraucht, bezeichnet nicht die jeweilige Regierung, sondern den Modus des Regierens, das System; es entspricht dem französischen Ausdruck Regime, den ich auch bereits geschrieben hatte und nur wegen seiner größeren Fremdartigkeit in Regiment verwandelte.

Im Uebrigen muthet sich das preussische Ministerium doch zu viel zu, wenn es das politische Regiment Preußens auf seine Schultern zu laden begehrt. Dieses Regiment, das mit dem großen Kurfürsten anfängt und mit dem Fürsten Bismarck leider noch nicht aufhören wird, hat ganz andere Faktoren als ein paar Minister, die wohl seine Trabanten sein können, aber nicht seine Urheber sind. Da ist die geschichtliche Entwicklung, die staatliche Tradition, die gebräuchliche Rechtsordnung und das allgemeine Volksbewußtsein; da ist Herr, Bureaucratie und Landesvertretung, was alles viel wichtigere Faktoren eines politischen Regiments sind, als die paar Minister von heute oder gestern.

Ich bin gewohnt, für gebildete Leute zu schreiben, welche es lieben, die weggelassenen Mittelglieder zwischen den Zeilen zu lesen, und die ganz gut verstehen, daß ich dieses Regiment ein preussisches nenne, weil in der That die Politik, die uns heute regiert, keine deutsche, sondern eine preussische ist. Und warum sollte ich denn der Reichspolitik nicht den Namen geben, der ihr

Nachdem nun durch § 49 des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 bestimmt ist, daß die Wahlberechtigung der aktiven Militärpersonen sowohl in Betreff der Reichsvertretung als der einzelnen Landesvertretungen ruhen soll, so ist in Frage gekommen, ob bei der Berechnung der für die Anzahl der zu wählenden Wahlmänner entscheidender Seelenzahl die Militärbevölkerung außer Betracht zu lassen oder mitzuzählen sei. Der Magistrat der zum 6. Potsdamer Wahlbezirk gehörigen Stadt Spandau hat sich für die erstere Alternative entscheiden zu sollen geglaubt, und die Stadt, welche eine Civilbevölkerung von 23,177, eine Militärbevölkerung von 3711 Seelen hat, lediglich in 16 Urwahlbezirke mit 92 Wahlmännern getheilt, während bei Mitzählung der Militärbevölkerung 107 Wahlmänner, mithin 15 mehr gewählt werden mußten. Dieses Verfahren ist durch einen Protest angefochten. Die Wahlprüfungscommission hat sich nach eingehender Erwägung dahin entschieden, daß die Auserachtlassung der Militärbevölkerung der Verfassung und dem Wahlgesetz nicht entspreche. Sie ist dabei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Militärbevölkerung, wenn gleich das Wahlrecht der aktiven Militärs ruhen solle, durch die zu wählenden Abgeordneten in derselben Weise vertreten werde, wie die Civilbevölkerung, daß ferner nach der klaren und unzweideutigen Bestimmung der Verfassung lediglich die Bevölkerungszahl zu Grunde gelegt werden solle, ohne daß eine Unterzählung der Frage, ob einem Theile dieser Bevölkerung das Wahlrecht auch nicht einmal im Prinzip abgesprochen, sondern nur ein „Ruhen“ desselben bestimmt sei. Demgemäß hat die Commission das Prinzip dahin festgestellt: „bei Berechnung der Anzahl der für einen bestimmten Bezirk zu wählenden Wahlmänner nach Maßgabe der Seelenzahl ist die Militärbevölkerung mitzuzählen.“ In Konsequenz dieses Prinzips beantragt die Commission, sämtliche in der Stadt Spandau vorgenommenen Wahlmännerwahlen zu kassiren, da bei einem gleichmäßigen Verfahren des Magistrats eine ganz andere Bildung der Urwahlbezirke hätte stattfinden müssen, mithin auch das Resultat der Urwahl anders hätte ausfallen können. In Folge dessen wird auch die Wahl des gewählten Abgeordneten, Grafen Königsmark, ungültig. Wir sehen uns um so mehr veranlaßt, dies Präjudiz mizuthemen, als die entschiedene Frage für alle Garnisonorte praktisch ist. — Ganz gut. Aber was nicht es den Soldaten, daß sie mitgezählt werden, wenn sie nicht mitwählen dürfen? Der Beschluß der Wahlprüfungscommission des preussischen Landtags ist eine jämmerliche Halbheit: Entweder betrachte man die Soldaten als Nullen, die nicht wählen dürfen, und dann zählen sie auch nicht; oder man betrachte sie, wie das recht und billig ist, als vollberechtigte Staatsbürger, dann zählen sie nicht bloß, sondern wählen auch.

— Aus der Rumpfkammer. Der Landesauschuß der sächsischen Fortschrittspartei hat das abgetragene (aber nicht verworfene) Parteiprogramm aufhellen und etwas zurechtstellen lassen, und repräsentirt sich dem Publikum mit folgendem „Entwurf eines Programms der deutschen Fortschrittspartei“:

§ 1. Die deutsche Fortschrittspartei erkennt für sich die Nothwendigkeit an, die bestehende Verfassung des deutschen Reiches als Ausgangspunkt jeder weiteren Entwicklung festzuhalten. Sie betont aber gleichzeitig das Bedürfnis der Fortentwicklung derselben im entschieden freiheitlichen Sinne. Die Partei will insbesondere alle Angelegenheiten, welche dem Wesen des Bundesstaates entsprechend, allgemeine Reichsangelegenheiten genannt werden müssen, der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Reichsgewalt überwiesen sehen. Die Ausführung derartiger Geleise jedoch, sowie die Handhabung der Verwaltung soll den einzelnen Staaten zufallen, auch sind innere Angelegenheiten der Einzelstaaten, bez. Gemeinden, Gegenstand ihrer Selbstregierung.

§ 2. Die Partei wird hierbei geleitet von den Grundgedanken der verfassungsmäßig ausgesprochenen Wille des Volkes ist das oberste Gesetz des Staates. Jedem Staatsbürger gebührt bei gleichen Pflichten gleiches Recht. Die Aufgabe der Staatsgesetzgebung ist die Wahrung der Ordnung, Sitte und Sicherheit im öffentlichen Leben. Eine parlamentarische Regierungsform mit Verantwortlichkeit ihrer Organe soll den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen. Mit Verwerfung des Zweikammersystems soll allenthalben eine einheitliche Volksvertretung bestehen, hervorgegangen aus allgemeinen direkten Wahlen, die weder durch Verweigerung von Diäten, noch durch Verkammerung des Vereins- und Versammlungrechts beeinträchtigt werden dürfen.

zukunft? Sind denn nicht der deutsche Reichszankler und der preussische Premierminister ein und dieselbe Person? und wird Jemand behaupten wollen, der Fürst Bismarck habe als Reichszankler andere Prinzipien und andere Ziele, als die, welche er als preussischer Staatsminister beahndelt? Das heutige Deutschland ist mit einem Wort nichts als ein vergrößertes Preußen, und jede legislative und gesamtstaatliche Maßregel der Reichspolitik zeigt nur das Bestreben, diese Verpreußung immer gründlicher durchzuführen. Dies kann nun einem Bewohner Pommerns oder Brandenburgs sehr erbaulich scheinen, erbaunt uns andere aber nicht im geringsten, und darum sprach ich von preussischem Regiment. Nicht den und nicht jenen, das Preuentum selber klage ich an, und zwar deshalb, weil sich seine Hegemonie nicht mit dem begnügt, was ihm mit Recht zukommt, sondern weil es in das Heiligthum unseres Stammeslebens dringt, unseren Herd entweicht, unsere Penaten zerbricht, und seine unehelichen Höhenbilder an die Stelle unserer wohlgeformten Hausgötter setzt. (Der Präsident ermahnt den Angeklagten zur Mäßigung.)

Die Reichseinheit, welche uns als eine fest verbundene nationale Macht dem Ausland gegenüberstellt, haben auch wir von ganzem Herzen gewollt; wir brachten zur Herstellung derselben jedes Opfer, und legten ohne Widerstreben die nationale Führung in die Hand Preußens, als des mächtigsten und in militärischen Dingen fähigsten Staates. Aber wir wollen nicht, unter dem Vorwand der Reichseinheit und allen Versprechungen zum Trost, unsere guten, durch eine lange redliche Freiheitsarbeit erkämpften Geleise gegen schlechte preussische vertauschen. Wir hatten eine Verfassung, eine Vertretung, welche den Schlüssel der Staatskasse führte, schon zu einer Zeit, wo man in Preußen noch Jahrhunderte lang mit dem Stock regierte, und nun sollen wir zum Dank für unsere nationalen Opfer einer Gesetzgebung unterliegen, welche in Wahrheit mit der Vertheidigung und Wahrung des Vaterlandes nichts zu thun, sondern nur den Zweck hat, das ganze innere Deutschland den alten Gewaltmaximen des preussischen Systems zu unterwerfen. Die Einheit nach außen mag zu Zeiten nothwendig sein, als die Freiheit nach innen, aber die Freiheit ist jeder Zeit wichtiger, als alle Gleichheit der inneren Einrichtungen. Eine solche Politik ist keine Politik der Einheit, sondern der Zwietracht; und die Gemeinshaft, die man in Eisen bindet, ist nicht die dauerhafteste.

Eine Vertheidigung kann nur das sein, was von allen anständigen Leuten für ehrenrührig gehalten wird, wo also das Ehrenrührige nicht in der Beurtheilung der Handlung, sondern in der

§ 3. Getreu diesen Grundgedanken und in Anwendung derselben betrachtet es die Partei als ihre Aufgabe, zu wirken für Erreichung wahrer Volksbildung durch gute Volksschulen für jeden Reichsangehörigen; Trennung der Kirche von Staat und Schule; bei voller Glaubens- und Gewissensfreiheit Unterordnung der religiösen Gemeinschaften unter die Staatsgesetz; Berücksichtigung der physischen und geistigen Anforderungen des Militärs schon in den Schulen; daraus hervorgehend Verkürzung der Dienstzeit im Heere, sowie Herabsetzung der Präsenzzeit desselben. Auch verlangt die Partei die Unabhängigkeit des Vorzuges kürzerer Militärdienstzeit von den Vermögensverhältnissen des Einzelnen. Sie erstrebt die Einführung solcher Steuern, die mehr als bisher die wahre Leistungsfähigkeit der Steuerzahlenden berücksichtigen; für das gesammte Reich wirksame Regelung und Förderung der Hilfs- und Unterstützungskassen; die Selbstständigkeit der Gemeindeführung. Nach innen und außen verlangt sie ferner die Befolgung einer gerechten Handelspolitik. — Wie die Partei aber die Verwendung von Staatsgeldern auf Unterhalt und Beeinflussung der öffentlichen Presse verwirft, nicht minder als die Aufrechterhaltung, bez. Einführung des Zeugniszwanges, so will sie alle Preß- und politische Vergehen im ganzen Reiche von Schwurgerichten verhandelt sehen.

§ 4. Von diesem Standpunkt ausgehend, ist die Fortschrittspartei bereit, im Interesse einer heilsamen, organischen Entwicklung des Vaterlandes den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, Zugeständnisse zu machen in Bezug auf das Maß ihrer jeweiligen Forderungen, jedoch nur insoweit, als die Zugeständnisse Nichts mit den Partei-Grundsätzen Unverträgliches enthalten oder herbeiführen. Die Bereitwilligkeit jedoch zur Verzichtleistung auf bereits freiheitliche Geleise und Einrichtungen erachtet sie als mit ihren Grundsätzen durchaus unvereinbar.

„Herr! Dunkel ist der Rede Sinn!“ — möchte man nach Lesen jener Paragraphen den Fortschrittler zureufen. Es wird etwas im Kulturkampf gemacht, aber doch wieder den Schwarzen geschmeichelt; es sollen bessere Steuerverhältnisse eintreten, aber fragt nur nicht, auf welche Weise; der Militarismus soll verringert, aber schon in die Schulen verpflanzt werden; die Parteigrundsätze sollen aufrecht erhalten, aber den Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden u. s. w.

Mit einem Worte: Verschwommen ist das Programm, wie die Partei, der es gehört, „die weder Fleisch noch Fisch ist, ein widerlich Gemisch ist.“

— Bourgeois-humanität. Das „Banner“ theilt mit, daß in dem Stahlwerke des Hüttenbesizers v. Girnauth mit Neujahr eine Lohnreduktion von 10 Proz. eingetretet, nun aber noch ein Abzug von 10 Pfennig von der Mark bestimmt sei, dazu werden in willkürlicher Weise bei den kleinsten Versehen Geldstrafen verhängt. Ueber einen solchen Abzug von 1 Mark beklagte sich ein Arbeiter, der wegen eines Vorfalls in seiner Familie sich ein Wenig verspätet hatte: er meinte, das was ihm dann bliebe, würde nicht zum Lebensunterhalt langen. Darauf erhielt er die denkwürdige Antwort: „Schmetzel mit Nierenfett statt mit Butter! Jetzt habi ihr noch Kartoffeln, in 2 Jahren werdet ihr die Schalen freissen!“ Der Herr prophezeit sehr gut, wenn — nun wenn die Arbeiter nicht endlich überall einsehen, daß sie sich zusammenschließen müssen in Genossenschaften und ihrer Solidarität der Interessen nicht nur fühlen und kennen, sondern auch praktisch dieselbe zum Ausdruck bringen.

— Ein Geburtstags-Gesellschaftchen. In einer Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Februar des Jahres 1849 finden wir folgende Notiz:

Charakteristik Hartort's. Der größte Mann unseres Kreises, der Generalsekretär der Contrerevolution Herr Friedrich Hartort von Hartorten, hat, wie Sie wissen, die rothe Erde wieder betreten, um für seine Wiederwahl zu agitiren. Ehe Herr Hartort sich wählen läßt, wäre es nicht passend, daß er über folgende angenehme Geschichte näheren Aufschluß gäbe.

Als der sehr populäre Landrath Gerstein verstorben war, beschloßen eine Anzahl kleiner Bürger und Arbeiter, ihm ein Denkmal zu setzen. Herr Hartort trat an die Spitze dieser Bewegung oder Gasse, und es floßen, wie gesagt, meistens aus Beiträgen der Arbeiter und kleinen Bürger, bis an achthundert Thaler in die Hände des Herrn Friedrich Hartort. Aber das Denkmal erschien nicht. Herr Hartort zog die Sache in die Länge und verschwand eines schönen Morgens.

Handlung selber liegt. Aber auch schon deshalb kann ein dialektisches Urtheil keine Beleidigung enthalten, weil es die moralische Schuld des Beurtheilten nicht impliziert. Es ist mir nie eingefallen, zu behaupten, die Vertreter des preussischen Regiments hätten das Bewußtsein oder gar die Absicht, uns zu schädigen, ich glaube im Gegentheil, daß die Minister dieses Systems ihre Pflicht gegen Gott, König und Vaterland aufs Beste zu erfüllen meinen, nur erlaube ich mir, in Betreff des Vaterlandes anderer Meinung zu sein wie sie, und diese Meinung auszusprechen. Dies aber heißt eine rechtsstaatliche Regierung jedem Bürger frei, und wenn sie eine Antwort für nöthig hält, so antwortet sie der Presse durch die Presse, selbst wenn ihr nicht die Hilfsmittel eines Reptilienfonds zur Verfügung stehen. Es ist freilich bequemer, statt durch triftige Gegenbeweise mit Hilfe des Staatsanwalts zu antworten, aber es ist auch minder staatsmännlich. Solche Leanderprozesse sind nichts als politische Reherverfolgungen; sie stellen sich, ob sie wollen oder nicht, auf den Standpunkt der heiligen Inquisition, die sich einbildet, die Bücher zu verbrennen, indem sie sie verbrennt und die Menschen zu bekehren, indem sie sie mißhandelt. (Präsident: Ich muß Sie erneut zur Ordnung rufen.)

Angekl.: Ich bin angeklagt, weil ich eine Kritik geübt habe, wenn man mir nicht erlaubt, dieselbe zu begründen, so ist die Vertheidigung unmöglich.

Präsident: Ich werde Sie in der sachlichen Ausführung nicht beschränken, sondern muß Sie nur darauf aufmerksam machen, daß Sie sich nicht Ausschreitungen beleidigender Natur hingeben sollen.

Angeklagter: Ich habe durchaus nicht die Absicht, zu beleidigen, aber die mir auferlegte Beschränkung illustriert am besten die Natur dieser Art von Prozessen.

Sollten jedoch in der heutigen Zeit allgemeiner geistiger Vermirrung Urtheile für Thatsachen gelten müssen, nun gut; so will ich den Beweis der Wahrheit antreten.

Was den ökonomischen Ruin betrifft, so ist das eine Thatsache, deren Wahrheit so offenkundig ist, daß sie Niemand zu leugnen wagen wird. Ich weiß wohl, daß gegenwärtig die Erwerbsquellen überall in's Stoden gerathen sind; aber bei der heutigen Solidarität aller wirtschaftlichen Verhältnisse hat auch Deutschland seinen Schuldanteil an der allgemeinen Katastrophe. Denn die Art und Weise, wie die Leiter der großen Finanzoperationen des neuen Reichs diese zu Ende führten, konnte wahrlich nicht von ersprießlichen Folgen sein. Wenn Deutschland nur halb so viel Geld im Ausgeben der Milliarden ge-

Aber Herr Hartfort beabsichtigte keineswegs diese 800 Thaler ohne alle Entschädigung an sich zu ziehen. Im Gegentheil. Er ging nach Belgien und zahlte seine Schuld bei Beller und Pfennig zurück. Nicht in Gold und Silber, sondern in Schriften; nicht in harten Thalern, sondern in klingenden Broschen und Lebenserfahrungen; nicht in preussischen Tresorscheinen, sondern in Lagen und Verleumdungen über die französische Republik. Mit einem Worte: Herr Hartfort schrieb seine „Briefe an die Meister und Arbeiter in Berg und Markt“.

„Diese noblen Flugblättchen waren doch wahrhaftig wohl lumpige 800 Thaler werth!“

Trotzdem giebt es niedrige Seelen, welche mit dieser Zahlungswaise nicht einverstanden sind. Sie verlangen, der große Mann solle seine 800 Thaler in gangbarer Münze und preussisch Courant zurückzahlen, und sind schamlos genug, ihn in den Wochenblättchen seiner Heimath direkt dazu aufzufordern!

Sollte dieser Hartfort etwa dieselbe Person sein, wie jener famose „Kohleisenthäter“ gleichen Namens, dessen 84jährigen Geburtstag unsere liberale Bourgeoisie zu einem nationalen „Ereigniß“ aufzufassen sich abquält?

— Unfall-Statistik. Im Monat Februar e. wurden bei der Allgemeinen Unfall-Versicherungs-Bank in Leipzig 13 Todesfälle, 3 Unfälle, die den Betreffenden Lebensgefahr bereiteten, 8 Unfälle, die ihrer Natur nach eine totale oder theilweise Invalidität der Verletzten erwarten lassen, und 393 Unfälle, aus welchen sich für die Beschädigten nur eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit prognosticiren läßt, zusammen 419 Unfälle angemeldet.

Von den 13 Todesfällen ereigneten sich je 2 in Steinkohlenwerken und Gussstahlfabriken und je 1 in einer Papierfabrik, einer Mineralwasserfabrik, einer chemischen Fabrik, einer Baumwollweberei, einer Feilenfabrik und Dampfschleiferei, einer Brauerei, einer Eisensteingrube und einem Dampfagewerk.

Von den 3 lebensgefährlichen Beschädigungen entfielen 2 auf Kalksteinbrüche und eine auf eine Argentaufabrik, während von den 8 Invaliden je 2 auf Brückenbau und Maschinenfabriken und Eihengießereien und je 1 auf eine Baumwollspinnerei und Weberei, eine Eisenbahnwagenräder- und Achsenfabrik, eine Eisen- und Stahlwaarenfabrik und auf Hofenbau kommen.

— Die Agitation der dänischen Arbeiter zur Erwirkung von Maßregeln gegen den Nothstand sind doch nicht ganz fruchtlos geblieben. Das Ministerium sah sich veranlaßt, bei dem Reichstag die Bewilligung von 1 Million Kronen (= 1,200,000 Mark) zu beantragen, um denjenigen Communen, welche Veranlassungen zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit und des Druckes der Thenerung erzeugen wollen, unter billigen Bedingungen Darlehen geben zu können. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses beantragte dagegen, die erwähnte Summe unter sämtlichen Communen des Landes im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu vertheilen, um als Zuschuß zu „der Kasse der Armen“ oder in Kopenhagen, wo diese Institution nicht vorhanden ist, nach der Bestimmung der Communalverwaltung und unter ihrer Verantwortlichkeit verwendet zu werden. Zu bemerken ist hierbei, daß Unterstützungen aus „der Kasse der Armen“ nicht als Armenunterstützungen betrachtet werden und folglich der Rechtsstellung der Empfänger hierdurch kein Eintrag geschieht. Am Freitag und Sonnabend beschäftigte sich der Folkething (Reichstag) mit der Angelegenheit. Der Antrag des Ministeriums, den Communen Nothstandsdarlehen zum Gesamtbetrag von 1 Million Kronen zur Verfügung zu stellen, wurde mit 53 gegen 4 Stimmen angenommen; die von dem Finanzausschuß beantragte Bewilligung der 1 Million Kronen zur Vertheilung an die Kassen der Armen nach Verhältnis der Einwohnerzahl der Communen wurde, trotz der Erklärung des Ministerpräsidenten, dieselbe nicht annehmen zu wollen, mit 45 gegen 27 Stimmen genehmigt. 37 Abgeordnete fehlten bei der Abstimmung, und einer enthielt sich der Abstimmung.

— Am Schandpfahl! Der Notiz über unsere Wahl-niederlage in Altona sagen die Bourgeoisblätter den Satz

bei (f. z. B. „Leipziger Tageblatt“ vom 3. März): „Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, unter der Führung Köhling's, hat die Wahl des nationalen Candidaten wirksam unterstützt.“

— Dienstag, den 27. Februar, Nachmittags 1/3 Uhr beschloß der Reichstag fast einstimmig, das Strafverfahren in dem bekannten Kieler Denunziationen-Prozess gegen Liebknecht für die Dauer der Session aufzuheben; 20 Stunden später, Mittwoch den 28. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, langte in der Expedition des „Vorwärts“ ein mit dem Stempel des Kieler Kreisgerichts versehenes und an Liebknecht adressirtes Schriftstück an, dessen Inhalt nur vermuthet werden konnte, dessen Annahme aber mit Rücksicht auf den Tags zuvor gefaßten Reichstagsbeschluss verweigert werden mußte. — Wir sind neugierig, was das Kieler Kreisgericht nun thun wird. Jedenfalls hat Liebknecht so viel Respekt vor einem Reichstagsbeschluss und eine so hohe Meinung von der Würde des Hauses, daß er seinen brennenden Wunsch, sich von den Strapazen der Wahlagitation auszuruhen, wenn auch schweren Herzens zurückdrängen und — das Weitere abwarten wird.

— Parteigenosse Eisengarten, Redacteur der „Glauchauer Nachrichten“, ist wegen Beleidigung der Priester in erster Instanz zu 4 1/2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Erklärung.

Der „Stuttgarter Beobachter“ bringt (in Nr. 46 vom 24. Februar und in Nr. 51 vom 2. März) folgende redaktionelle Notizen:

„Eine alte Verleumdung.“

Das „Deutsche Volksblatt“ vom 27. Februar legt auch einmal wieder die längst widerlegte Liebknecht'sche Verleumdung auf, daß Carl Vogt unter dem Pseudonym „Vorwärts“, welches aus den Tuilerien Stipendien erbettelt habe, und verräth durch diese heillosen Wiederanwärterung alten Kohls nur, daß es wirklich zu der Partei der Dunkelmänner gehört, welche mit unaufrichtigem Hass die Den verfolgen, der einst: „Köhlerglauben und Wissenschaft“ geschrieben hat.

„Carl Vogt und das „Deutsche Volksblatt“.“

Letzteres will den Vorwurf, eine alte längst widerlegte Verleumdung gegen Jenen neu aufgelegt zu haben, energisch zurückweisen. Dabei begegnet ihm aber das große Mißgeschick, sich hinsichtlich der Behauptung, daß Vogt Geld in den Tuilerien erbettelt habe, auf eine Erklärung von Gustav Rasch zu berufen, die in einem ganz bestimmten Ton abgefaßt sein und im „Vorwärts“ gestanden haben soll. Die Wahrheit ist, daß eine solche Erklärung von Gustav Rasch niemals im „Vorwärts“ gestanden hat, sondern dort im Gegentheil erwähnt ist, daß Rasch die betreffende gegen Vogt erhobene Anklage als eine „platte und nichtwürdige Beschuldigung“ bezeichnet habe. Mit solchem Leichtsinne also geht das Volksblatt vor, indem es derartige schwere Beschuldigungen sich zu eigen macht. Wird es sich nun bequemen, sich schuldig zu bekennen, daß es leichtfertig die alte Liebknecht'sche Verleumdung wieder in Kurs gesetzt hat?

Die Ungezogenheit, mich der „Verleumdung“ zu beschuldigen, wird nur durch die Unwissenheit und Leichtfertigkeit des Schreibers obiger Notizen übertroffen. Unwissenheit: denn er hat keine Ahnung von dem gegen Vogt vorliegenden Anklage- und Beweismaterial, sonst würde er entweder mit seiner Sympathie für Herrn Vogt zurückhaltender, oder mit dem Epitheton „Bad“ sparsamer gewesen sein. Leichtfertigkeit: denn er hat übersehen, daß G. Rasch in Nr. 20 des „Vorwärts“ vom 16. Februar (also 14 Tage vor Veröffentlichung der letzten der 2 „Beobachter“-Notizen) mit einer nichts zu wünschen übrig lassenden Deutlichkeit erklärt, er habe sich zu seinem Bedauern überzeugt, daß die Anklage gegen Carl Vogt, sich an den Verbrecher des 2. Dezember und an seinen nichtsnutzigen Vetter Napoleon Bonaparte (Jerome) verkauft zu haben, eine gerechte und wohlbegründete war.“

Und wenn die (jetzige) Redaktion des „Beobachter“, mit der ich wahrhaftig keinen Streit gesucht habe, sich die Mühe nehmen will, das betreffende Material zu studiren, statt, ohne Kenntniß desselben, blind in den Tag hinein zu poitern, so wird sie zu der nämlichen Ueberzeugung gelangen. Oder — tant pis pour elle (um so schlimmer für sie).

Leipzig, den 4. März 1877. W. Liebknecht.

den Zeugnißzwang zur Brechung seiner Ehrenpflicht angehalten wird, wie soll da die Sittlichkeit gedeihen? Den verderblichsten Einfluß haben die traurigen Rechtszustände. Unsere Gesetzgebungen haben es im ganzen nichtfreien Europa soweit gebracht, daß selbst ein geschulter und urtheilsfähiger Mann beim Aussprechen der Wahrheit nicht mehr weiß, ob er sich in den Schlingen des Gesetzes gefangen hat oder nicht. Kein Rechtsgelehrter von Fach und Verstand vermag mehr zu sagen, was eine Verfolgung nach sich ziehen, was eine Verurtheilung herbeiführen kann, und was nicht. Das erste Gericht spricht einen Verurtheilten frei von Schuld, und die zweite Instanz sperrt ihn ins Gefängniß. Wenn die Richter selber nicht mehr wissen, was recht und unrecht ist, wie soll der Laie noch erkennen, was er zu thun und zu lassen hat? Es ist ein Beweis des herabgekommnen Volksbewußtseins, daß nicht Jedermann einen solchen Zustand als eine sittliche Ungeheuerlichkeit empfindet. Müßen solche Zustände nicht eine Rechtsunsicherheit erzeugen, welche die Grenzen von Recht und Unrecht verwischt, das Rechtsbewußtsein im Volke untergräbt, und die Achtung vor allen staatlichen Institutionen, vor allen sozialen Einrichtungen zerstört? Woju soll denn die Tugend noch frommen, wenn das, was alle anständigen Menschen für recht und billig halten, vom Gesetze gestraft, wenn der edelste Patriot, welcher die höchsten und heiligsten Güter der Nation verteidigt, zu gemeinen Verbrechern in's Spinnhaus geschickt wird? Wie soll da die bürgerliche Tüchtigkeit, die erste Bedingung zum Gedeihen des Staats, nicht abnehmen, wo jeder freie Mann das Damocles'sche Schwert eines debabaren Gesetzes in seinem Nacken fühlt, das ihn jeden Augenblick zu treffen bereit ist, nicht weil er etwas Strafbares begangen, sondern weil sein Freimuth den Machthabern mißfallen hat? Ist es da ein Wunder, daß allgemeine Klage erschallt über das Sinken der öffentlichen Moral? So schreiben im deutschen Reichstag die Parteien eine Verantwortlichkeit für soziale Zustände einander zu, die sie durch ihre Gesetzgebung doch selber verschuldet haben und man könnte diesen Herren mit einer Parodie der göttlichen Verle zu rufen: Wollt ihr immer weiter schweifen? Seht, das Schlechte liegt so nah!

Was den intellektuellen Ruin betrifft, so geht dieser mit dem sittlichen Reiz Hand in Hand. Schon der Umstand, daß die alles verlickernd: Kaserne den Anforderungen eines rationellen Unterrichtswesens keine Mittel übrig läßt, wäre kulturhämisch genug, selbst wenn die Abwesenheit der idealen und ethischen Motive im Staatsleben nicht ein allgemeines Verkommen von Charakter und Intelligenz zur Folge haben müßte. So haben

Paris, 26. Februar. Hier tritt die Arbeitslosigkeit immer mehr zu Tage, trotzdem sich die radikal-republikanischen Bourgeoisblätter alle Mühe geben, die wahre Sachlage zu vertuschen. Hätten wir hier, wie das in Deutschland der Fall ist, Journale, welche die Arbeiterinteressen vertreten, es würde noch so manches Andere bekannt werden, was bekannt gemacht zu werden verdiente. So z. B. hätte sich längst herausgestellt, daß die Arbeitslosigkeit in Lyon schon seit November vergangenen Jahres andauert, während erst jetzt, wo nichts mehr vertuscht werden kann, darüber gesprochen wird. Aber unsere radikal-republikanischen Bourgeoisblätter waren bestrbt, den Glauben an die vortheilhaften ökonomischen Verhältnisse unter der republikanischen Regierungsform so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Denutzen doch ohnedies die monarchisch-kerisalen, kurz alle reaktionären Blätter jede Gelegenheit, um den Arbeiter zu überzeugen, daß er in einer Republik nicht besser, am Ende sogar schlechter gestellt ist, als in einer Monarchie. Und namentlich sind es die bonapartistischen Blätter, welche nicht genug darauf hindrängen können, daß während des zweiten Kaiserreichs jeder Arbeiter „sein Huhn im Topfe“ hatte. Wenngleich dieses Wandern von dem aufgeklärten Theil des französischen Arbeiterstandes verachtet wird, so kann es doch nicht fehlen, daß Tausende und Abertausende, die jetzt Roth und Hunger leiden, dadurch angeregt werden, an die Zeiten zurückzudenken, wo sie sich besser befanden als jetzt, namentlich da die bonapartistische Propaganda mit besonderer Rücksicht von der am Ruder stehenden, dem Namen nach republikanischen Regierungspartei gebildet wird. Also dem Selbsterhaltungstrieb der republikanischen Bourgeoisie haben wir es zu verdanken, daß man mit Besprechung der Nothlage in Frankreich so lange wie möglich zurückgehalten hat. Dann kommt noch hinzu, daß mit Ausnahme der Sozialisten jeder Franzose, er mag einer Partei angehören welcher er will, von der zweifelhaften Tugend der Vaterlandsliebe derartig beherrscht ist, daß er die gegenwärtigen herglichen schlechten Verhältnisse so lange vertuscht, bis sie ihm über den Kopf gewachsen sind; dann wird aber auch radikal losgeschlagen. Wenigstens ist dieser Weg bis dato immer von dem französischen Volke verfolgt worden. — Doch zurück zu der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Nicht allein in Lyon, auch hier in Paris, in Havre, Marseille, ja im ganzen Lande sieht es um die Arbeitsverhältnisse schlecht. Die Privatmildthätigkeit thut zwar vieles, auch haben die Municipalräthe mehrerer Städte bedeutende Summen votirt, man hält Bälle, giebt Concerte u. s. w. Aber was will das alles besagen, wo es sich um Beseitigung eines allgemeinen Nothstandes handelt? Da sind doch die vor kurzem in Berlin abgehaltenen sieben Volksversammlungen mehr werth. Da ist doch frisch von der Leber weg gesprochen und klargelegt worden, wie vor der Hand zu helfen wäre.

Altona. Der letzte Wahlkampf ist hier ausgefochten; wir sind unterlegen. Der Candidat der Reich-Majorspartei, Herr Karsten erhielt 14,237, während auf Hartmann 12,803 Stimmen fielen. Wie uns mitgetheilt wird und wie auch der „Hamburgische Correspondent“ bestätigt, haben in Altona die Wahlvorsteher gegen die Weisung der Regierung gehandelt und die Wahllisten bei der letzten Wahl noch geändert, so daß viele Personen, welche in den Listen standen und die am 10. Januar und 15. Februar gestimmt hatten, zurückgewiesen wurden, weil sie Armenunterstützung empfangen haben sollen. Ein Fall liegt z. B. folgendermaßen: Der Sohn eines eingetragenen Wäblers verunglückte als Lehrling und wurde durch einen Armenarzt behandelt, in Folge dessen wurde der Vater zurückgewiesen. Die hiesigen Parteigenossen werden schon deshalb einen Protest einreichen, damit im Reichstage obige Frage eine prinzipielle Behandlung erfahre.

Gelsenkirchen, 27. Febr. Es ist hier, wie der „Eiff. Bz.“ mitgetheilt wird, die traurige Nachricht verbreitet, daß in letztverfloßener Woche auf dem Viehagen im wirklichen Sinne des Wortes ein Arbeiter — Pole — Hungergestorben ist, eine Frau und 7 Kinder in drückendster Noth hinterlassend.

Breslau, den 28. Februar. Das Resultat der gestrigen Nachwahl zum Reichstage ist, obwohl wir nicht als Sieger hervorgegangen sind, für uns dennoch glänzend ausgefallen. Wir haben an Stimmenzahl gewonnen, während die „Liberalen“ verloren haben. Dabei arbeiteten die Gegner wieder mit allen, auch den unmoralischsten Mitteln. Die Majorität verdanken sie

zeit hätte, als Frankreich im Anschaffen derselben, so würde es heute weniger schlimm um uns stehen. Ueberhaupt beweist in ökonomischen Dingen die Reichspolitik keine übermäßige Fähigkeit. So zeigt z. B. die Nichtberücksichtigung der Pariser Ausstellung eine bedauerliche Gleichgültigkeit den gewerblichen Interessen gegenüber. Denn was man hier auch in negativem Sinne vorbringen mag, so viel steht fest, daß alle übrigen Nationen die Beschädigung für nöthig erachteten und daß die große Mehrzahl der deutschen Sachverständigen derselben Meinung war. Ein Staat aber, in welchem selbst in solchen Dingen der Einzelwille entscheidet, steht finanziell auf unsicherem Grunde, denn wenn es einen Punkt im Staatsleben giebt, wo der Einzelne immer unwillkürlich und unmächtig ist, so ist es gerade die ökonomische Frage, die sich nicht durch Machsprüche entscheiden läßt. Und wenn sich eine Regierung als allweise und allmächtige Vorsehung geberdet, die keinen Widerspruch zu hören und keine Kritik zu ertragen hat, dann kann sie sich nicht beklagen, wenn sie auch als Vorsehung behandelt, und für den Landesherrn verantwortlich gemacht wird. Zu diesen Umständen kommt noch als schlimmster der alle Lebensäfte aufzehrende Militarismus, und in seinem Gefolge das allgemeine Gefühl der Unsicherheit, das keine wirtschaftliche Thätigkeit aufkommen läßt, und das so lange nicht aufhört, als das bestehende System sich nicht ändert. Die Politik der Reaktion, welche heute in Europa herrscht und welche von der menschlichen Solidarität der Völker nichts weiß, welche auf der einen Seite die ideellen Aufgaben, auf der andern die ökonomischen Bedingungen des Staates ignorirt, deren Grundlage der nationale Egoismus, deren erstes und letztes Argument die Kanone und deren Steuer die Willkür eines Einzelnen ist — eine solche Politik kann nur wie ein Alp auf der ganzen civilisirten Welt liegen und muß schließlich zum Kriege Aller gegen Alle führen. Daß unter solchen Umständen der Handel stodt, die Werkstätten feiern und der Kredit stirbt, darüber können die sich wundern, die da glauben, die heutige Welt, mit ihren tausendfach verschlungenen Interessen, lasse sich noch durch die Gewalt der Bajonette und durch die Anordnung des freien Wortes regieren.

Was den sittlichen Ruin betrifft, so habe ich einen klaffenden Riß, nämlich den Reichskanzler in Person, welcher seiner famosen Strafnovelle als Empfänger schreiben die Motivierung mitgab: Die Verwirrung habe in den letzten Jahren so zugenommen, daß die alten Strafmittel nicht mehr ausreichen. Natürlich, in einem Lande, wo eine dotirte Reptilienpresse die öffentliche Meinung corumpirt, und der redliche Publizist durch

wir denn auch auf den letzten internationalen Ausstellungen eine schlechtere Rolle gespielt als je vorher; und unsere einst berühmten Lehranstalten sind nur noch Dreißigkassen für die Examina des Freiwilligen und des Staatsdieners. Auf den Universitäten herrscht die dumpfe Atmosphäre des Brodsubdiums, und eine traurige Mittelmaßigkeit fängt an, auf den Lehrstühlen sich breit zu machen, die früher von Forschern und Denkern eingenommen wurden.

Was schließlich die Freiheitsfrage betrifft, so ist dieser mein Prozeß der beste Beweis, wie es mit der freien Meinungsäußerung in Deutschland bestellt ist. Ein solcher Prozeß ist in einem freien Lande nicht möglich; doch hat man ihm wenigstens ein geistliches Mäntelchen umgehängt, wenn auch ein jaden-scheiniges. Aber andere Verfolgungen kommen vor, wo sich die Behörde nicht einmal mehr die Mühe des Bemäntelns giebt. Alle Tage werden Versammlungen aufgelöst unter den wichtigsten Vorwänden, im flagrantesten Widerspruch mit den Bestimmungen des Gesetzes, und ohne daß irgendwo Rechtsbehelfe zu finden wäre. Angeht's solcher Thatfachen kann es nicht geleugnet werden, daß sich ein Theil der Nation im Zustand der Rechtslosigkeit befindet. Ist es ein Wunder, wenn da die Sitten verwildern, wo die ausübenden Organe die Gesetze selber nicht achten? Soll ich noch an die jüngsten Großthaten der Justizgesetzgebung erinnern, an Bestimmungen, die selbst von den Streunern des preussischen Regiments, in offenem Reichstag, nicht nur als reaktionäre, sondern als unsittliche verdammt wurden? Soll ich an die von der Nation mit Entrüstung aufgenommene Strafgesetznovelle erinnern, welche ihr Urheber den Barm nennt, der niemals stirbt? Wenn das keine Verfolgung der Freiheit genannt werden darf, und wenn man in solcher Verfolgung kein System erblicken soll, dann haben die Worte ihre Bedeutung verloren, und selbst die deutsche Sprache und der deutsche Gedanke sind nur noch Kostgänger des Reptilienfensdums!

Wir haben dem nichts hinzuzufügen und erinnern nur an ein Wort Jacob Grimms, eines der Göttinger Sieben, welche ihr Amt als Professoren niederlegten, als der König von Hannover die Verfassung wieder aufhob. Derselbe sagte ungefähr: „Meine Herren, es ist nicht genug, daß es Leute giebt, die die Wahrheit erkennen, die gut und böse unterscheiden können, sondern auch muß es solche geben, die ungeheuer und ohne äußere Rücksichtnahme ihre Meinung aussprechen und ihre Handlungswaise darnach einrichten.“ — Ludwig Pfau ist zu 100 Mark Geldbuße verurtheilt worden.

den Doppelhaken. Bald am Nachmittage wurden massenhaft Dringlichkeitsdepechen versandt, um die Wähler heranzuziehen. Die Liberalen haben also keinen Partei-, sondern nur Stimmvieh-sieg errungen, denn der größte Theil der Herbeigekommenen kümmerte sich wenig um Politik. Ein großer Theil des Kleinbürgerthums ist geradezu gepreßt worden, für die Liberalen zu stimmen. Man denke sich, ein Kleinbürger, der die Absicht hat, mit uns zu stimmen, wird, ehe er zur Wahl geht, in den ersten Stunden des Nachmittags mit dem Besuch eines Liberalen beglückt, für den er dann und wann etwas gearbeitet hat. Der Liberale überreicht dem Kleinbürger eine Dringlichkeitsdepeche. Dieser stellt sich indifferent, Jener spricht ihm zum Herzen im Sinne der Plankereien der liberalen Presse. Die Frau des Kleinbürgers hört das Gespräch an und bekommt ein Grinsen vor dem bösen Sozialdemokraten. Sie bearbeitet nun im Bunde mit dem Liberalen ihre hässlere Ehehälfte, um den Sozialdemokraten den Sieg streitig machen zu helfen. An einer andern Stelle macht man eine kleine Bestellung, begleicht eine Rechnung oder stellt Arbeit oder auch neue Kundschaft in Aussicht, vergißt aber auch nicht die Dringlichkeitsdepeche an den Mann zu bringen. Wenn dies Alles nichts hilft, droht man mit Entziehung der Kundschaft oder stellt andere für das Geschäft unseres Kleinbürgers unangünstige Chancen in Aussicht. Auf diese und ähnliche Art und Weise sind die Stimmen für die Liberalen erpreßt oder erschlichen worden. Die Arbeiter hingegen werden auf alle mögliche Art und Weise verhindert, ihr Staatsbürgerrecht auszuüben. Nicht nur, daß man in größeren Werkstätten, wie z. B. bei der „Rechte Oder-Ufer-Eisenbahn“, den Arbeitern keine Zeit gegeben hat, um wählen zu können, drohte man auch den Arbeitern mit Entlassung, falls sie für die Arbeiterkandidaten zu stimmen erklärten. Ein anderer Grund unserer Niederlage ist darin zu suchen, daß die große Arbeitslosigkeit Tausende von Arbeitern so weit entmuthigt hatte, daß sie sich von Fabrikanten und Werkführern beeinflussen ließen und gegen ihre eigene Ueberzeugung stimmten. Bei der nächsten Reichstagswahl werden wir hoffentlich trotz der von den Gegnern beliebten Mittel ein für uns siegreiches Resultat erringen. Das Lokal, in welchem das Wahlergebnis verkündet wurde, war wiederum so zahlreich besucht, daß auch der große Garten von Menschen angefüllt war. Ja selbst auf der Straße wagte eine ungeheure Menschenmasse auf und ab, wodurch unsern Berichterstattern aus den Wahllokalen der Eintritt ungeheuer erschwert wurde, so daß wir erst gegen 9 Uhr das Resultat vollständig zusammenstellen konnten.

(„Wahrheit“.)
Stuttgart. Berichtung. Im Wahlprotokoll (Nr. 23) haben sich folgende kleine Fehler eingeschlichen: 1) der Ort heißt Leinfelden, nicht Leimfelden; 2) der Arbeiter, dem der Stimmzettel in der Rentenanstalt geöffnet wurde, heißt Haase, nicht Hanse; 3) der Unterzeichner des Protestes heißt Wannerweisch; nicht Wanneroth.

Frankfurt. 1. März. Zu dem gestern im Leinwandhaus beendigten Einjährigfreiwilligen-Examen hatten sich 45 junge Leute gemeldet. Im Termin erschienen acht nicht. Von dem Rest bestanden 17, während 20 durchfielen, darunter acht, deren schriftliche Arbeiten so mangelhaft waren, daß sie gar nicht zum mündlichen Examen zugelassen wurden. — Ein schöner Beitrag zur Bildung der Gebildeten.

Plauen i. V. 1. März. Das Ergebniß der Reichstagswahl am 10. Januar im 23. sächsischen Wahlkreise war bekanntlich: Reicher (103.) 4923, Reusel (cons.) 4624, Krause (lib.) 4121 Stimmen. Da Stichwahl nothwendig war, wurde dieselbe vom Wahlcommissar sofort nach der Auszählung auf Sonnabend den 27. Januar, ein für die Arbeiter günstiger Tag, festgesetzt. Mehrere Tage später jedoch wurde die Stichwahl auf Freitag den 28. Januar eingeschrieben. Wer mag sagen, um wie viele Stimmen uns schon diese Veränderung gebracht hat? — Nach Bekanntwerden des obigen Resultates war durch den ganzen Wahlkreis das Helldogelien allen denkenden und geistig aufklärten Freunde der Arbeiterpartei: „Alles aufbieten, um zu siegen!“ Man war zu der Annahme berechtigt, die Liberalen und Fortschrittler würden mit den Conservativen doch nicht so durch Dick und Dünn gehen, wie man hier und da vermuthete, weil sie sich in unseren Bourgeoisblättern heftig bekämpft hatten. Man glaubte, ein Theil derselben würde sich auf unsere Seite schlagen. Da ferner nicht die Hälfte der Wähler sich an Wahlakte betheiligte, so konnte man hoffen, durch eine rege Agitation unsererseits, namentlich auf den Dörfern, würden noch eine Menge Stimmen für uns erworben werden. Unsere eignen Kräfte reichten jedoch hierzu nicht aus, und es vergingen acht werthvolle Tage, ehe von außen Rednerkräfte ankamen und eine Volksversammlung abgehalten werden konnte. Als nachher Alles so recht in Fluß gebracht war, standen wir vor dem Wahltage und in den meisten Dörfern konnte nur wenig agitiert werden. Inzwischen gelobten die Gegner in unserm Amtsblatte sich gegenseitig die treuesten Handlangerdienste. Die Liberalen brachten täglich die ekelregendsten Schmähartikel gegen uns, und in Aufrufen wurden die Conservativen aufgefordert, gegen die Sozialisten zu stimmen. Jeder wahre Volksfreund war entrüstet über dieses niedrige Treiben, und wir erhielten dadurch Stimmen von Leuten, wo wir's nicht ahnten. — Eine wahrhaft wilde Agitation, gleichviel, ob sie mit dem Geseh in Einklang stand oder nicht, entfalteten die Gegner am Wahltage selbst. Da wurden den ländlichen Arbeitern die Meusel'schen Hettel aufgetropft und unter der Androhung gemeinschaftlich in's Wahllokal geführt: „Wenn Ihr Meusel nicht wählt, büßt Ihr die Arbeit ein.“ In einem Ort gab's Freiberger, im andern bekam der Wähler 12 Pf. Da hieß es: „Wenn Ihr Meusel nicht wählt, dann dürft Ihr eure Hunde nicht ohne Maulkorb mehr herumlaufen lassen und Ihr müßt die schlechten Wege alle sofort bauen.“ Die Gemeinden haben sich zuvor durch den Vorstand geeinigt, daß Niemand Reicher wähle, und die Wirthe waren häufig nicht zu bewegen, uns einen Saal zur Versammlung zu geben. Da wurde, außer in Plauen und einigen andern Orten, nirgends Einer der Antrigen zum Verbleiben an der Wahlurne, am wenigsten zur Stimmzählung zugelassen. Es würde zu weit führen, den Unfug, der gegen die Wahl unseres Candidaten verübt worden ist, hier wiederzugeben. Auffallend war diesmal die heftige Opposition, die uns häufig von Schulmeistern gemacht worden ist. Die Opponenten möchten wir aus verschiedenen Gründen noch einmal zu Lehrer Saal in die Schule schicken. Der dunkelste Punkt unseres Wahlkreises war wieder der Amtsbezirk Marktneudorf. Er ergab für Reicher nur 62 und für Meusel 1139 Stimmen. Für diese „rühmliche Ausnahme“ wurden aber auch die dortigen Wähler von unserm Amtsblatt lächlich belobt. Hoffentlich werden ihnen auch noch die Augen aufgehen. Das Gesamtergebniß war Reicher 5599, Meusel 9120 Stimmen. Vor 3 Jahren hatten wir 2020, am 10. Januar 1877 4923, bei der Stichwahl am 26. Januar 5599 Stimmen. Obgleich wir diesmal noch unterlegen sind, so zeigen doch die vorstehenden Zahlen, daß wir seit drei Jahren große Fortschritte gemacht haben und daß der voigtländische Boden ein günstiger ist für die Sache der wahren Volksfreiheit. Unermüdllich wollen

wir daher weiter ringen und kämpfen und uns strammer organisieren, damit wir in drei Jahren mit unsern voigtländischen Brüdern in Greiz und Reichenbach ein gemeinschaftliches Wahlsiegesfest feiern können.

Das Centralwahlcomité des 23. sächs. Wahlkreises.
Hr. Forbriger, Hofer Straße 92.
Nachtrag. Bezüglich der Errichtung eines Parteifolianten erlaube ich die Gesinnungsgenossen des 22. und 23. sächsischen Wahlkreises, entweder Herrn Robert Müller in Reichenbach oder mir ihre Entschliebung brieflich zukommen zu lassen. D. D.

Heide (s. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis). An die Centralwahllokale sind noch eingegangen: Aus Brunsbüttel durch Walthor von Herstedt 6,00. Aus Lunden von P. Schild 40,00. Aus Heide von Sch. 5,00. Aus Heide von Gamsdorf 2,00.

Heinrich Otto.
Dresden. (Verein der Sattler und Berufsangehörigen.) Hierdurch sei den Mitgliedern zur Kenntniß gebracht, daß sich in Ebersfeld, Oera und Döbeln Mitgliedschaften unseres Vereins constituirt haben. Die neugewählten Beamten, welche vom Vorstand beauftragt wurden, sind folgende: in Ebersfeld R. R. Tarkheim, Vertrauensmann, Othlismühlstr. bei Wirth Peter Tzring; Carl Freitag, Kassirer, Corstr. 41, Vertheilungslokal bei Friedrich Harm, Bachstr. 65. In Oera Wihl. Dietmann, Vertrauensmann; J. Jäger, Kassirer, beim Sattler Wai; Vertheilungslokal „Zur goldenen Sonne“. In Döbeln, wo die Reueinrichtung von jetzt ab schon ausgeführt wird, erhielt bis auf Weiteres jede Ausfahrt Hugo Krepshmar, beim Sattlermeister Jhle. In Solingen, wohin schon die nöthigen Urkunden geschickt wurden, kam die Mitgliedschaft nicht zu Stande, da sämtliche dort arbeitenden Kollegen (3-400) entlassen wurden. Noch vor wenigen Wochen suchten die dortigen Fabrikanten fast in allen größeren Orten Deutschlands Sattler unter Zusicherung dauernder und lohnender Beschäftigung, und jetzt, ganz plötzlich, hieß es, die Arbeit sei zu Ende, und ohne vorherige Kündigung wurden die aus ganz Deutschland hingekommenen Arbeiter entlassen. Aber auch dort, wie fast überall, sind es die Kollegen selbst, welche sich schädigen. Nach eingeholten Mittheilungen hat man dort fast regelmäßig des Sonntags und Wochentags halbe Nächte hindurch gearbeitet. Da ist es freilich kein Wunder, wenn jetzt schon wieder eine Anzahl feiernder Sattler herumziehen. Werden dieselben aber nicht bald zur Einsicht kommen? Nach uns aus Hannover zugegangenen Mittheilungen sind auch dort die Zustände sehr traurig. Die Meister erkannten sich dort Uebergriffe gegen Recht und Humanität, wie sie schlimmer nicht zu denken sind. Die Ursache mag hier vorzüglich die sein, daß nach Hannover mehr Freunde als anderswohin ihr Ziel nehmen, da es an verschiedenen Reiserouten liegt. Der Vorstand richtet daher im Interesse der dortigen, sowie überhaupt jedes einzelnen Kollegen an Reisende das Ersuchen, Hannover so viel als möglich zu meiden. Außerdem werden noch sämtliche Vertrauensmänner erinnert, die Resultate der Abstimmung, ob, wo und wann die diesjährige Generalversammlung stattfinden soll, baldigt und spätestens bis zum 18. März an Unterzeichneten einzuschicken. Die Nothwendigkeit einer Generalversammlung ist in den vorstehenden Briefen klar dargelegt worden und spricht der Vorstand den Wunsch aus, daß jeder Einzelne die Mittel und Wege, die er für geeignet hält, unsere Organisation zu kräftigen, zu Anträgen formulirt und rechtzeitig an den Vorstand einbringt, damit sie den übrigen Mitgliedschaften zur Diskussion und Begutachtung unterbreitet werden können. Ferner ergeht auch an die Kollegen solcher Städte, wo noch keine Mitgliedschaften unseres Vereins bestehen, die Aufforderung, zur Bezeichnung der Generalversammlung durch Delegirte, Freunde der Arbeiterfrage, welche Gelegenheit haben, mit Kollegen unseres Berufs zusammenzukommen, werden ebenfalls ersucht, dieselben zum Antritt an den Verein der Sattler und Berufsangehörigen zu bewegen, resp. behufs Gründung von Mitgliedschaften sich mit Unterzeichnetem in Verbindung zu setzen. Die Interessen aller Arbeiter, gleichviel welcher Branche sie angehören mögen, sind ja solidarisch und kommt zuletzt jede Arbeitervereinigung auch jedem Einzelnen zu Gute. Hauptstädte von Breslau, Gditz, Polen, Danzig, Königsberg u. s. w., sowie im Süden von Nürnberg, Augsburg, Karlsruhe, Mainz, Darmstadt u. s. w. erwartet der Vorstand eine Betheiligung im Kampfe für unsere heiligsten Rechte! Ihr Kollegen daselbst könnt es nicht läugnen, daß eure Lage eine unhaltbare, trostlose und elende ist. Darum schließt Euch uns an. Beherrzt endlich den Huf, der schon so unzählige Male an Euch erging. Ihr seid uns willkommen!
Mit kollegiallichem Gruß
Otto Hammer, Vorsitzender, Trompeterstr. 19, III.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten werden sich Mittwoch (den 7. d. M.) Abends 8 Uhr bei Gustavus, Dresdener Straße, in der Nähe der Prinzenstraße, Berlin, zur Berathung eines Arbeiterschutzes-Entwurfs u. versammeln. —
Die zahlreich an uns ergehenden Einladungen zu Volksversammlungen u. s. w. veranlassen uns zu der Erklärung, daß unsere Redaktionspflichten, an deren Erfüllung wir durch die Wahlagitacion längere Zeit hindurch vielfach gehindert worden sind, uns jede auswärtige Agitation bis auf Weiteres unmöglich machen.
W. Hasenclever. W. Liedknecht.

Briefkasten
Der Redaktion. Anonymus in Leipzig: Es ist unerlässlich, daß Sie die Anonymität sollen lassen. — W. H. in London: Die Todesanzeige berührt das Parteinteresse zu wenig und ist im Uebrigen auch viel zu lang gehalten, als daß wir sie anders als in Inseratenform veröffentlichen können. — P. in Cassel: Die Sonntagsnummer war fertig, als Ihre Correspondenz eintraf. — G. W. in Schellberg: Der „Vorwärts“ bringt Gedichte nur ausnahmsweise, und eine solche Ausnahme können wir mit Ihrem Gedicht zu unserm Bedauern nicht machen. — Wir bitten den Verfasser des Stuttgarter Wahlprotokolls um Angabe seiner genauen Adresse. — J. B. in Plauen: Nr. 37 geht Ihnen Auskunft betreffs des ersten Berichtes. Ihren zweiten Bericht haben wir zurückgestellt, da uns noch ein dritter zur Verfügung stand. — der Expedition. F. R. u. C. Sch.: Jedes Exemplar Nachlieferung der „Neuen Welt“ kostet 10 Pf. Das Porto auf 3 Nummern kostet 10 Pf.

Quittung. Jms Philadelphia Schr. 20,00. Köhrle Hof Ab. 17,85. E. Gril Mainz Ab. 49,25. 12,90. Schr. 1,45. Mies Hanau Ab. 10,40. Wilm Regensburg Ab. 3,00. Kranz Rindwig Kan. 0,60. Wm Königswalde Schr. 2,15. Schmidt Corou Schr. 9,05. Köhrle Hof Ab. 10,60. Stipp Geier Ab. 6,00. Wicht Sulzbach Schr. 3,10. Mhr Wahlhausen Schr. 1,90. Hrbg Würzburg Ab. 21,00. Schr. 19,25. Vran Tondern Schr. 1,55. Fchr Biberstein Schr. 4,00. Sauer Wundebelm Schr. 2,55. Schlr Krohau Schr. 8,49. Bekhrd hier Ab. 0,60. Grdnst Lidenau Ab. 20,70. Schr. 18,88. Julia hier An. 24,10. Vgs Hannover Van. 3,00. Mgr Halle Schr. 0,90. Th. Al London Ab. 188,60. Pch Hannover Schr. 10,00. Büche Gera Schr. 23,00. Brand Rümweide Ab. 12,90. Schultz Pest Schr. 9,72. Gztn Steinamanger Ab. 1,64. Hm Ebersfeld Schr. 4,00. Wlle Mannheim Ab. 25,00. Schld Stragburg Ab. 8,50. Hm Mainz Schr. 17,15. Rls Regensburg Ab. 150,00. Pstl Glanzau Schr. 1,00.

Der Parteigenosse Conditor Hermann Bosnansky aus Breslau, der sich jetzt in Kopenhagen aufhalten soll, wird ersucht, seine Adresse sofort an A. Walthor in Hannover, Neue Straße 45 abzugeben, da es sich um kein Jenseits in einem Projekte handelt.

Wahlfonds.
Ein donnerndes Hoch den Wählern Bebel's d. R. Müller 1,00, v. S. hier 1,00, v. R. Goplis 0,50.

Großenhain. Sonntag, den 11. März, findet in den Sälen des Gesellschaftshauses
Großes Wahlfest
statt. Dasselbe besteht in Instrumental-Concert, Festrede gehalten vom Reichstagsabgeordneten J. Rost aus Berlin, deklamatorischen Vorträgen und Gesang von den Sängern des „Arbeiterbildungsvereins“. Hierauf Ball.
Bestimmungsgenossen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen.
(Z. 130) Das Fest-Comité. [3,60]

Sonnabend, den 10. März, Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus:
Große Volksversammlung.
Tagesordnung: Die Stellung des Kleinbürgers und der Sozialismus. Referent Herr Reichstagsabgeordneter J. Rost aus Berlin.
(Z. 130) Die Agenten. [0,70]

Hamburg. Allgemeiner deutscher Töpferverein.
Donnerstag, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hrn. Häbner, gr. Rosenstraße 37:
Geschlossene Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Schluß-Bestimmung über die neue Fahne. 2. Diskussion über unsere gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse.
G. Klaus. [80]

Sonnabend, den 10. März, in den Sälen des Hrn. Rarten:
Großes Wahl-Siegesfest
bestehend in Concert und Ball. Festrede, gesprochen von dem Reichstagsabgeordneten d. 4. Berl. Wahlk. Hrn. J. W. Frijsche.
Anfang: 8 1/2 Uhr Abends.
Karten zu Concert 25 Pf., zum ganzen Fest 75 Pf. sind bei H. Rudolph und Voges und in allen Versammlungen zu haben.
(Z. 161) Das Fest-Comité. [3,90]

Lindenau. Sonntag, 11. März, Nachmittags 3 Uhr, im „Gasthof zum Deutschen Haus“:
Dritte Stiftungsfeier
bestehend in Instrumental- und Vokalconcert, Festrede (gehalten vom Reichstagsabgeordneten W. Bloß) und Ball.
Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu herzlich eingeladen. Karten sind von sämtlichen Mitgliedern des Vereins, sowie Mittwoch, den 7. und Sonnabend, den 10. März im Arbeiterbildungsverein und Donnerstag, den 8. März in der Sozialisten-Versammlung (Thüringer Hof) zu haben.
Das Festcomité. [3,60]

Donnerstag, den 8. März, Abends 1/2 9 Uhr, im „Thüringer Hof“, Burgstr. 20:
Öffentliche Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau, Ref.: Gdlich.
Der Agent. [60]

Gesucht sofort ein tüchtiger Korbmacher auf Geistesarbeit bei (26) Hermann Marx, Saarbrücken. [0,60]

Alle Diejenigen, welche dem in Offenbach verstorbenen Otto Schütte noch schulden, wollen ihre Schuld binnen 14 Tagen durch Sendung an den Unterzeichneten ordnen, da ich andernfalls auf Grund eines von Schütte erhaltenen Auftrages die Beträge eintreiben müßte, wodurch Kosten entstehen.
Auch alle Diejenigen, welche bei mir selbst im Rückstande sind, ersuche ich dringend um Ordnung der Beträge.
Braunschweig, März 1877. W. Brack jr. [2,70]

Wichtig für jeden Geschäftsmann u. Gewerbsgehilfen!
Bei Sturm u. Koppe in Leipzig erschien und durch die Erped. des „Vorwärts“ zu beziehen: [600]

Rathgeber für Gewerbetreibende. Inhalt: 1) Deutsche Sprachlehre, 2) Selbststudium für diejenigen, welche in der Rechtschreibung nicht sehr sind. 3) Briefsteller, welcher über 400 Briefmuster für die Gewerbetreibenden und außerdem alle nur denkbaren Verträge, Dokumente, Geschäftsaufträge, Klageschriften u. enthält, die bei dem Gewerbestande vorkommen. Es ist dadurch Jedem leicht gemacht, seine schriftlichen Arbeiten nach diesen Mustern anzufertigen. 4) Buchhaltung. 5) Fremdwörterbuch. 6) Samml. von Gelegenheitsgedichten. 7) Die für Gewerbetreibende wünschenswerthe Reichsgesehe. 8) Notizen über Gold-, Silber- u. Papiergeld, mit Vertheilung des Geldes aller Staaten. 9) Das neue Maß- u. Gewichtssystem von Deutschland und allen Staaten der Erde. 10) Brief-, Packet- und Depeschen-Tarife. 11) Statistische Uebersicht aller Länder der Erde. 12) Ortsbeschreibung der vorzüglichsten Städte von Deutschland, Oesterreich, der Schweiz u. 13) Reiserouten durch Deutschland, Oesterreich, die Schweiz u. 14) Der Schnellrechner beim Ein- und Verkauf. 15) Das Reichsstrafgesetzbuch. 3. verb. Aufl. Pr.: br. 4 R. geb. 4 1/2 R.

„Die Neue Welt.“
Illustrirtes Unterhaltungsblatt.
Wöchentlich 1 1/2 Bogen. Preis vierteljährlich M. 1,20.
In Heften à 30 Pf.

II. Jahrgang. Auflage über 30,000.
Jede Buchhandlung und Postanstalt nimmt Bestellungen an. Die Leser unserer Parteiblätter machen wir darauf aufmerksam daß zur Einführung der „Neuen Welt“

„Illustrirte Prospekte“
gratis verandt werden, welche ein Verzeichniß des Inhalts der ersten Nummer von 1877 und Illustrationsproben enthalten.
Die Verbreitung der Prospekte in Versammlungen, Vereinen, Werkstätten, Wirtschaften und Familien wird den Bestimmungsgenossen als bestes Agitationsmittel dringend an's Herz gelegt.
Wir bitten bei Bestellung Zahl des Bedarfs und genaue Adresse anzugeben. Plakate zum Anhängen in öffentlichen Lokalen und Sammellisten sehen zu Diensten.

Die Genossenschaftsbuchdruckerei.
Leipzig, Färberstraße 12/II.

Statistische Tafel
der
sozialistischen Wahlen zum deutschen Reichstage.

Eine genaue Zusammenstellung der Gesamtresultate (sozialistische und gegnerische Stimmen) derjenigen Wahlkreise, in welchen bei dem diesjährigen Wahlgange sozialistische Candidaten aufgestellt waren, unter Einschluß der engeren Wahlen zwischen Sozialisten und Candidaten anderer Parteien.
Für 20 Pf. zu beziehen vom Verleger August Weib, Rübingsmarkt 12 in Hamburg, an den alle Bestellungen zu richten sind.

Verantwortlicher Redacteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaction und Expedition Färberstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.